

11.05.2020

Dr. Martin Fritz (BAMH) fordert Ruhrbahn–Geschäftsführung zur Solidarität in der Corona-Krise auf

“Die Ruhrbahn ist eines der Eurogräber des städtischen Haushalts. Mülheim steht vor der Aufgabe den erforderlichen jährlichen Zuschuss zum Ausgleich des defizitären Unternehmens zu senken.” Daran erinnert der OB-Kandidat des BAMH, Dr. Fritz. Angesichts des landesweit festgestellten Rückgangs bei den Fahrgastzahlen von bis zu 75% in der Zeit der Corona-Krise und der für eine bestimmte Zeit auch im ÖPNV geltenden Abstandsregeln von 1,5 m sei in den kommenden Monaten auch mit deutlich höheren Fixkosten zu rechnen.

“Diese Umstände werden das Defizit bei der Vollbringung der Aufgaben im ÖPNV deutlich anwachsen lassen, was schlussendlich zu einer merklich höheren Belastung des Haushalts der Stadt Mülheim führen wird”, so Dr. Martin Fritz weiter. Unter Hinweis auf diese Tatsache appelliert der Oberbürgermeisterkandidat an die Geschäftsführung der Ruhrbahn jetzt auf die erquicklichen jährlichen Boni-Zahlungen zu verzichten. “Das wäre ein Zeichen der Solidarität mit dem Haushalt der Stadt Mülheim und den vielen Kleinunternehmern und Selbständigen, die momentan in außerordentlicher Unsicherheit hinsichtlich der Weiterexistenz Ihrer Betriebe leben und auch gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Kurzarbeit”, so Dr. Martin Fritz anschließend.